

20 Jahre Rat für Migration

1998 - 2018

Von Dieter Oberndörfer¹

Persönliche Anmerkungen zum 20-jährigen Jubiläum des Rats für Migration e.V.

1. Vorläufer des Rats – Das Manifest der 60

Im „**Manifest der 60**“ von 1994 positionierten sich zehn ausgewiesene Wissenschaftler/innen mit individuellen Beiträgen zu wichtigen Themen der Einwanderung². Ihr Motiv wurde von Klaus Bade, dem Anreger und Herausgeber des Manifests, mit folgenden Worten beschrieben: *„Zusammengeführt hat uns die gemeinsame Sorge über die mangelhafte politische Gestaltung der Migration und ihrer Folgen für Deutschland.“*³ Axiome dieser Sorge waren: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Einwanderung soll durch Beiträge wissenschaftlicher Forschung „gestaltet“ werden. Wegweisend wurde Claus Leggewies Plädoyer im Manifest: *„Eine erfolgreiche Einwanderungspolitik muss in ihren Grundlagen konsensfähig sein. Einwanderung kann in einem demokratischen Gemeinwesen nicht gegen die einheimische Bevölkerung durchgesetzt werden.“*⁴

2. Gründung des Rats für Migration

Die Axiome des Manifests wurden auch das Fundament des **Rats für Migration**⁵. Dessen Gründung wurde im Juli 1998 von dem Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup und mir im Bonner Wissenschaftszentrum des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein weiterer Teil des Gründungsaktes des Rates waren dessen „Empfehlungen für Migration an Bundestag und Bundesregierung - Zur zukünftigen Migrationspolitik“, die am 6. Oktober ebenfalls von Bert Rürup und mir der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden und ein kräftiges Echo in wichtigen Medien erhielten⁶. Der Text der „Empfehlungen“ war von meinem Mitarbeiter Uwe Berndt und mir auf der Grundlage eines gemeinsamen Gutachtens für die Bertelsmann Stiftung über „Einwanderungs- und Eingliederungspolitik als Gestaltungsaufgaben“ (1992)⁷ und zahlreiche andere vorherige Veröffentlichungen formuliert worden⁸. Sie sollen noch an anderer Stelle genannt werden⁹.

¹ Prof. Emeritus. 1963 -1997 Direktor des Seminars für Wissenschaftliche Politik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Ehrenmitglied des Rats für Migration, der deutschen UNESCO Kommission, des Senats der Universität Rostock, des Freiburger Arnold-Bergstraesser-Instituts für Kulturwissenschaftliche Forschung und der "Wiesneck" (Institut für politische Bildung in Buchenbach b. Freiburg).

² Reihenfolge der Beitragenden: Klaus J.Bade, Peter J.Opitz, Rainer Münz, Meinhard Miegel, Dieter Oberndörfer, Friedrich Heckmann, Ursula Boos Nünning, Otto Kimmenich, Michael Wollenschläger, Claus Leggewie.

³ Klaus J. Bade, „Tabu Migration: Belastungen und Herausforderungen in Deutschland“, Manifest der 60 - Deutschland und die Einwanderung, 1994, S. 9.

⁴ Claus Leggewie, „Das Ende der Lebenslügen - Plädoyer für eine neue Einwanderungspolitik“, Manifest der 60, S. 225.

⁵ Zur eigenen Mitarbeit im Rat für Migration: 1998 „Sprecher“ im Vorstand des Beirats. 2000 - 2004 „Erster“ Vorsitzender und „Sprecher“ des Rats als gemeinnütziger Verein mit Sitz in Freiburg. 2005 - 2008: „Erster“ Vorsitzender: Michael Bommes, „Zweiter“ Vorsitzender der Verfasser. 2009 -2011 Vorsitzende: Marianne Krüger-Potratz. Seit 2012: Vorsitzender Werner Schiffauer.

⁶ Frankfurter Rundschau, 6.Oktober 1998: „Dieter Oberndörfer und Bert Rürup: Kinder sollen mit der Geburt die Staatsbürgerschaft empfangen - Empfehlungen des Rats für Migration an die Bundesregierung“.

⁷ Dieter Oberndörfer/ Uwe Berndt, Einwanderungs- und Eingliederungspolitik als Gestaltungsaufgaben, Arbeitspapier zum Carl Bertelsmann-Preis 1992, Gütersloh, 59 pp,1993 2. Auflage. Das Arbeitspapier war die Grundlage für die Verleihung des Bertelsmann Preises an Schweden für dessen Einwanderungspolitik. In einem „Bertelsmann Colloquium“ im Schloss Niederschönhausen, dem

3. Aktivitäten des Rats

Der Rat musste sich nun in der Öffentlichkeit und der Politik weiteres Gehör verschaffen. Nur so konnte er politischen Einfluss gewinnen. Diesem Ziel dienten zahlreiche Publikationen, wissenschaftliche Tagungen, Stellungnahmen, Presseerklärungen und Mitwirkung einzelner Mitglieder in wichtigen wissenschaftlichen und politischen Gremien. Vor allem mit den „Migrationsreporten“, veröffentlicht von jeweils verschiedenen Herausgeber/innen oder Herausgeberteams¹⁰, konnte sich der Rat als kritische Stimme der Wissenschaft in der Öffentlichkeit legitimieren. Ihr hohes wissenschaftliches Niveau wurde allseits anerkannt. Dies und Beiträge der Mitglieder zum Report haben den Rat am Leben gehalten und ihn integriert. Die Aktivitäten wurden durch die finanzielle Unterstützung der Freudenberg Stiftung und durch die Vermittlung des damaligen Geschäftsführers, Christian Petry, ermöglicht und mit der essentiellen Hilfe unter der aktuellen Geschäftsführerin Pia Gerber weitergeführt.

2010 wurde die Publikation der Reporte mit einem letzten informativen Band zum Islam in Deutschland eingestellt (Hrsg. Werner Schiffauer und Marianne Krüger-Potratz). Die doch nur begrenzte Reichweite der Migrationsreporte veranlasste Michael Bommes - seit 2005 Vorsitzender des Rats - zur Gründung der erfolgreichen Reihe „Politische Essays zu Migration und Integration“ auf der damaligen Homepage des Rates¹¹.

Mit der erfolgreichen Etablierung des „**Mediendienstes Integration**“, einem Projekt des Rats und Informationsdienst für Journalist/Innen, mit dem wie nie zuvor Aufklärung durch Information praktiziert wurde, reagierte der Rat für Migration auf Bedarfe in den Medien. Das Projekt dient auch als Plattform für Recherchen von Expert/innen und hat zum Ziel, zu einer sachbezogenen Debatte zu den Themen Migration, Integration und Asyl beizutragen. Ferner bemüht es sich, das Wissen und die Erfahrungen der Migrantinnen und Migranten in die Debatte einzubringen.

4. Öffnung des Rats

Lange beteiligte sich nur ein kleiner Kreis engagierter kritischer Wissenschaftler/Innen aktiv an der Arbeit des Rats. Daher kamen sogar zu Höhepunkten wie dem Empfang durch Bundespräsident Johannes Rau am 28. Juli 2001 und der attraktiven wissenschaftlichen Tagung am Vortag über „Integration und

ehemaligen Gästehaus der DDR, wurde das Arbeitspapier mit 40 prominenten Gästen aus den Medien und der Migrationspolitik erörtert („Grenzenlos? Die europäischen Gesellschaften zwischen Identität und Fremdheit“, 14./15. Mai 1992). In: Freizügigkeit und offene Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft, Dokumentationsband zum Carl Bertelsmann - Preis 1992, Gütersloh 1993). Zum Arbeitspapier nahm Edmund Stoiber als Staatsminister in der Münchner Staatskanzlei in einem sechsseitigen Schreiben an die Bertelsmann Stiftung kritisch Stellung (Archiv ABI).

⁸ Der Text war von Berndt und mir namentlich unterzeichnet über Hans Reich (Vorstand des RfM) an alle Mitglieder des Rats mit der Bitte um Stellungnahme versandt worden (Archiv ABI). Die erbetenen Antworten: „unterstütze“, „schlage Änderungen vor“, „möchte nicht unterstützen“. Für die technische Arbeit im Versand und Arbeiten im Vorstand danke ich sehr herzlich Hans Reich für seine tätige kollegiale Hilfe.

⁹ Vgl. Literatur

¹⁰ Migrationsreport 2000 Hrsg. Klaus J. Bade u. Rainer Münz. Migrationsreport 2002: Hrsg. Klaus Bade u. Rainer Münz. Geleitwort von Bundespräsident Johannes Rau. Migrationsreport 2004: Hrsg. Klaus J. Bade, Michael Bommes u. Rainer Münz.

Migrationsreport 2006: Hrsg. Michael Bommes u. Werner Schiffauer. Migrationsreport 2008: Hrsg. Michael Bommes u. Marianne Krüger-Potratz. Migrationsreport 2010: Hrsg. Marianne Krüger-Potratz und Werner Schiffauer.

¹¹ Politische Essays zu Migration und Integration. U.a.: 2. Folge Dieter Oberndörfer, Zuwanderung nach Deutschland (2007), eine Bilanz. Rat für Migration, Osnabrück. IMIS. Sowie 3. Folge Thomas Straubhaar, Illegale Migration. Eine ökonomische Perspektive. Rat für Migration Osnabrück IMIS. Diese und weitere nur digital veröffentlichte Essays bekannter Autoren sind auf der Homepage des Rates nicht mehr abrufbar.

Illegalität in Deutschland“¹² nur 20 Mitglieder. Es war das Verdienst Werner Schiffauers, dass der Rat für zahlreiche neue Mitglieder geöffnet und diverser wurde – es sind jetzt über 160 Mitglieder – und sich wissenschaftlich und politisch mit neuen Initiativen und Organisationsformen dynamisierte.

Rückblick – Entwicklungen in der Einwanderungsdebatte

5. Der völkische Nationalismus bekämpft Einwanderung von „Fremden“ als tödliche Gefährdung der Substanz des eigenen Volkes¹³. Das Engagement des Rats für Migration für Gestaltung der Einwanderung in und nach Deutschland führte zwangsläufig zum Dauerkonflikt mit völkischen Überlieferungen. Die monotheistische Ideologie der völkischen Nation und ihre mörderische Verneinung von Pluralismus war – was oft nicht gesehen wird – eine ideologische Grundlage der Verbrechen der NS Zeit. Juden oder Roma, durften keine Deutschen sein. Sie gefährdeten die Homogenität des deutschen Volkes und wurden daher ausgeschlossen und verfolgt.

An der Auseinandersetzung mit der Erblast des völkischen Nationalismus und dem Ausbrechen aus völkischer Beschränktheit haben viele mitgewirkt. Im Widerstand gegen völkischen Nationalismus und dem Engagement für Einwanderung kamen die wirkungsvollsten Anstöße der Praxis von tüchtigen Politikern¹⁴ und klugen Publizisten¹⁵. Wichtig war zuletzt der zunehmende Druck der Demografie¹⁶. Es ist nicht möglich, dies hier im Einzelnen darzustellen.

Erwähnt werden sollen jedoch wenigstens einige wissenschaftliche und publizistische Beiträge, die denen des Rats vorausgingen, sie begleiteten und wichtige Anstöße gaben. Genannt werden müssen Klaus Barwigs „Netzwerk Migrationsrecht“ der Rottenburger-Stuttgarter Akademie (seit 1985!) und der Stuttgarter „Ausländerfunk“ von Karl-Heinz Meier-Braun (seit 1987!). Die Tagungen und Publikationen des Netzwerks und des Ausländerfunks hatten für die Rechte und die Integration der Migrant/innen eine überregionale weit ausstrahlende Bedeutung. Aus dem „Gesprächskreis Arbeit und Soziales“ der Friedrich-Ebert-Stiftung gab es schon 1992 über 32 Publikationen zu allen wichtigen Aspekten von Einwanderung betreut von Ursula Mehrländer und Günter Schulze¹⁷. Eine Wegmarke in der Debatte über Einwanderung in der Bundesrepublik war sicherlich die schon erwähnte Verleihung des Bertelsmann-Preises an Schweden für dessen Einwanderungspolitik und das anschließende „Bertelsmann Colloquium“ mit prominentem Teilnehmer/innen aus Medien und Wissenschaft im Schloss Niederschönhausen

¹² Tagungsprogramm: „Statements zur Integration“ von Dietrich Thränhardt/Uwe Hunger, Hans Reich, Marianne Krüger- Potratz und Alexander Thomas (Einführung Dieter Oberndörfer). „Statements zum Leben in der Illegalität“: Rainer Münz und Ulrich Zabel/ Caritasverband Berlin (Einführung Klaus J. Bade).

¹³ Dies erinnert mich an einen Beitrag in der „Zeit“ Anfang der neunziger Jahre, in dem der damalige Präsident des DRK, Schilling, die westdeutsche Migrationspolitik als verfassungsrechtlich problematisch kennzeichnete, weil sie dem Wiedervereinigungsgebot zuwiderlaufe: Durch eine auf Daueraufenthalt ausgerichtete Zuwanderungspolitik werde sich die ethnische Zusammensetzung der Westdeutschen verändern und so einer späteren Wiedervereinigung im Wege stehen.

¹⁴ Insbes. Ministerpräsident Heinz Kühn (NRW), Rita Süßmuth und Heiner Geissler, die Ausländerbeauftragten: Liselotte Funke, Cornelia Schmalz Jacoben, Marie Louise Beck, Maria Böhme und Aydan Özogüz. Wesentlich für Änderungen der politischen Praxis war die weitsichtige und kluge Kommunalpolitik einiger großer Kommunen (z.B. Stuttgart und München).

¹⁵ In der öffentlichen Debatte u.a.: Daniel Cohn-Bendit/ Thomas Schmid „Heimat Babylon“ und die Veröffentlichungen des Theologen Jürgen Micksch. des Gründers des Interkulturellen Rats.

¹⁶ Vgl. hierzu Absatz 12.

¹⁷ 1992: Mehrländer/Schulze: Einwanderungskonzept für die Bundesrepublik Deutschland, Fakten-Argumente-Vorschläge, Reihe: Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr.7.1993: Von der Ausländerpolitik zur Einwanderungspolitik Hrsg. Günter Schulze/ Ursula Mehrländer mit Beiträgen u.a. von Herta Däubler-Gmelin, Ulrich Herbert und Dieter Oberndörfer.

(1992)¹⁸. Ferner habe ich auch selbst seit 1980 mit vielen Veröffentlichungen für die von mir gewünschte „Offene Republik“ geworben¹⁹ und die Gründung des Rates als eingetragenen Verein mit Sitz in Freiburg veranlasst. In Freiburg hatte ich die Hilfe Max Matters, des Schatzmeisters des RFM.

6. Da die „Wiedervereinigung“ der BRD und der DDR nicht mehr erwartet worden war, hatten sich in der Bonner Republik die Einstellungen der politischen Eliten liberalisiert. In diesem Rahmen hatte Karl Dietrich Bracher, der Doyen der Politikwissenschaftler, 1988 die Bonner Republik als "postnationale Demokratie" definiert. In ihr war Raum für Einwanderer fremder Kultur, Sprache und Abstammung. Der Verzicht auf die Möglichkeit einer Wiedergeburt der "deutschen" Nation spiegelte sich auch in der großen Zustimmung dominierender politischer Eliten zur "Verfassungsnation" und zum "Verfassungspatriotismus."²⁰ Im Hintergrund gab es dazu die berühmte Debatte von Jürgen Habermas²¹ mit dem frankokanadischen Nationalisten Charles Taylor²² über völkischen und ethnischen Nationalismus.

Es ist heute schon vergessen, dass die politische Vereinigung von BRD und DDR und die Wahl Berlins als Hauptstadt auch noch nach dem Mauerfall von einflussreichen Politikern und Publizisten nicht gewollt worden waren. Solcher Verzicht auf Vereinigung war ein Bruch mit dem im Grundgesetz geforderten deutschen Nationalstaat und dem Wiedervereinigungsgebot gewesen. Dieser Bruch wurde auch mit dem Argument begründet, ein vereinigtes Deutschland habe zu viel politisches Gewicht und störe daher die Schaffung eines europäischen Staates.

Die liberale Stimmung in dominanten politischen Eliten der Bonner Republik dauerte noch mehrere Jahre nach dem Mauerfall an. Ein schon erwähntes Beispiel ist, dass die Bertelsmann-Stiftung 1992 dem Königreich Schweden 1992 den Bertelsmannpreis für dessen Einwanderungspolitik verliehen hatte. Die Einwanderungspolitik Schwedens wurde damals in Deutschland gerade auch wegen ihrer Akzeptanz der Einwanderung kulturell fremder „Ausländer“ als vorbildlich eingeschätzt.

7. Der Schlussakt mit dem 1992 das Ende des reinen völkischen Staates in Deutschland eingeläutet wurde, war die Ermöglichung der Einbürgerung durch das Einbürgerungsgesetz Wolfgang Schäubles, des damaligen Bundesinnenministers. Einbürgerung konnte bis dahin nur als Ehrung für besondere Verdienste verliehen werden (z.B. von Wissenschaftler/innen oder Sportler/innen). Nunmehr wurde die Einbürgerung von „Ausländern“ ein einklagbarer Rechtsanspruch.²³

8. Symptomatisch für die liberale Stimmung auch noch in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung war der phänomenale Verkaufserfolg des Manifests der 60 (über 300.000 verkaufte Exemplare). Beispiele dafür waren wohl ferner ebenfalls die positiven Reaktionen auf meine Taschenbücher „Die

¹⁸ Vgl. Anmerkung 7.

¹⁹ Siehe Literatur.

²⁰ Anhänger völkischen Denkens meinten allerdings sogleich die Verfassung könne doch kein Gegenstand emotionaler Verpflichtung werden. Dies ist typisch für die politische Kultur Mitteleuropas und ihren emotionalen Bezügen zu Wald, Wiesen, Feld und Heide.

²¹ Zum Schulterchluss der Linken mit der Bonner Republik durch Jürgen Habermas vgl. Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik, Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Clemens Albrecht, Günter C. Behrmann, Michael Bock.

²² Vgl. Dieter Oberndörfer, Charles Taylor: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. In: Politische Vierteljahresschrift 37, 1996.

²³ Vgl. Dieter Oberndörfer, Demokratisierung durch Zuwanderung? in Stefan Rother (Hrsg.), Migration und Demokratie, 1996. Kap.4 Die Aufnahme von Flüchtlingen, S. 24-26.

offene Republik“ (1992 2. Aufl.) und den „Wahn des Nationalen“ (1994). Mein Bekenntnis zur „Offenen Republik“ in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ hatte schon 1987 eine positive Aufnahme gefunden²⁴.

9. Dass völkische Überlieferung in Deutschland staatsrechtlich überlebt hatte, verdeutlicht die Begründung der Aufnahme von ca. 3 Millionen Spätaussiedlern. Ihre Einwanderung aus Ost und Südosteuropa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde als Heimkehr von Deutschen in ihre deutsche Heimat definiert (GG Artikel 160). Ihre Vorfahren kamen vor mehreren Jahrhunderten aus Gebieten, die zum einstigen „Heiligen römischen Reich deutscher Nation“ gehört hatten (z.B. auch aus Österreich Ungarn und dem Elsass). Diese „Volksdeutschen“ waren Opfer des Angriffskrieges Adolf Hitlers geworden. Daher war ihnen Hilfe geschuldet: Sie waren aber keine Staatsbürger Deutschlands sondern eben u.a. Staatsbürger der ehemaligen Sowjetunion, von Jugoslawien, Ungarn und Rumänien gewesen. Die Definition ihrer Einwanderung als Rückkehr nach Deutschland musste das in Deutschland vorhandene Potential völkischer Ideologie stärken.

Und auch die „Wiedervereinigung“ hat allmählich doch zur Renaissance völkischen Nationalismus beigetragen. Ich habe dies bei einem Konflikt mit dem Historiker Heinrich Winkler, einem ehemaligen Freiburger Kollegen und Freund, im politischen Klub der Akademie Tutzing 1993 ganz deutlich erfahren müssen. Er hatte zuvor die postnationale Demokratie Karl Dietrich Brachers gefeiert, meinte aber nun, jetzt sei Deutschland halt wieder Deutsch²⁵ geworden.

Der Widerstand gegen Einwanderung verstärkte sich mit der großen Zahl der seit 1990 ankommenden Asylbewerber/innen und durch die Einschränkung der ursprünglichen liberaleren Bestimmungen des Grundgesetzes zur Asylgewährung. Im Streit über die Aufnahme der Flüchtlinge und die Änderung des Grundgesetzes formierte sich eine immer stärker hassgeladene Kampagne der Xenophobie. Die zunehmende Polarisierung des politischen Kampfes für oder gegen Einwanderung, für Pluralität oder für völkische Homogenität, war **für mich der entscheidende Anstoß zur Beteiligung an der Gründung des Rats für Migration.**

²⁴ Die Zeit, . 47/13.11.1987.

²⁵ Später kritisierte Winkler die Aufnahmepolitik Merkels. Sie gefährde die Stellung Deutschlands unter seinen westlichen Alliierten. Er vergaß zu erwähnen, wie mies sich die westlichen Staaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Nazideutschland verhalten hatten .Vgl. hierzu meine Stellungnahme in der Süddeutschen Zeitung v. 01.01.2016: „Der Historiker Heinrich August Winkler und andere werfen der Bundesrepublik aber nun vor, mit ihrer liberalen Aufnahmepolitik betrete sie innerhalb der Gemeinschaft westlicher Staaten wieder einen ‚Sonderweg‘ und entfremde sich so erneut vom ‚Westen‘. Diese Gedankenführung ist pervers. Geflüchteten in Not zu helfen bedeutet Annäherung an den Kern humanistischer westlicher Überlieferungen - die Anerkennung der Würde aller Menschen - auch der Fremden. Hilfe für Geflüchtete wird jedoch hier als "antiwestliches" Delikt denunziert. Bei Winkler heißt es sinngemäß: Helft nicht! Nur so könnt ihr vermeiden, euch als Musterknaben der Menschenliebe in Europa unbeliebt zu machen“.

Debatten seit der Gründung des Rats

10. Der Streit um ein Einwanderungsgesetz

In der Folge erhielt die innenpolitische Polarisierung einen fokalen Brennpunkt im Kampf um die Formulierung und Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes. Erst die Verabschiedung „Zuwanderungsgesetzes“, das am 1. Januar 2005 in Kraft trat, brachte eine Entscheidung. Nun gab es eine amtliche Akzeptanz von Einwanderung und ihrer Integration.

Der innenpolitische Streit um ein Einwanderungsgesetz hat Aktivitäten des Rats für Migration ganz besonders notwendig gemacht. Die Jahre 1998 - 2005 waren jedenfalls die Zeit der meisten politischen Engagements des Rates. Da ich seit 2000 - 2005 „erster“ Vorsitzender des Rats war, hat mich dieser Streit auch persönlich sehr beansprucht²⁶.

Die Emotionalität der Ablehnung von Einwanderung - selbst noch am Vorabend der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im Dezember 2004 - ist heute nur schwer vorstellbar. Sie wird durch die brüske Entlassung des Sachverständigenrats für Zuwanderung unter Leitung Rita Süßmuths im Bundesinnenministerium in der Weihnachtswoche 2004 illustriert²⁷. Der Zuwanderungsrat hatte die Schaffung einer Reserve von bis zu 20.000 Einwanderungserlaubnissen für „Notfälle“ in Wirtschaftsbereichen gefordert, in denen die benötigten Arbeitskräfte vor Ort nicht ausreichten (z.B. für Gastronomie am Bodensee). Alle Parteien des Bundestags empörten sich über diesen Vorschlag, weil damals Entlassungen in einem Opelwerk drohten. Man könne doch nicht für die Einwanderung von „Ausländern“ stimmen, solange deutsche Arbeiter von Entlassung bedroht seien! Der Zuwanderungsrat wurde daher kraft einstimmigen Beschluss aller Parteien des Bundestags und ohne Einspruch Innenminister Otto Schily am 17. Dezember 2004 entlassen²⁸ - also in einer Zeit, in der die Organisation eines Protestes zu Gunsten des Zuwanderungsrates keine Chance der Zustimmung gehabt hätte.

Die olympische Veränderung, die seither in der Debatte über Einwanderung zu beobachten ist, wird durch den Vergleich der Zahlen veranschaulicht um die es damals und heute ging: 2004 handelte es sich um 20.000 Notfälle; 2017/18 soll die Obergrenze für die Einwanderung 200.000 Migranten sein.

11. Demographischer Wandel

Zu Beginn des Jahrhunderts hatten die Daten eines Berichtes der UNO über die baldige Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung Deutschlands die Debatten über Einwanderung belastet. Konnten die befürchteten sozialen und ökonomischen Folgen durch Einwanderung abgemildert oder verzögert werden?

Die Reaktion der Parteien des Bundestags und der Bundesregierung: Die Gegner von Einwanderung konzentrierten sich darauf, die demografischen Prognosen zu ignorieren oder ihre wissenschaftliche Seriosität zu verneinen. Obwohl die Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung zuverlässig

²⁶ Norbert Klaschka, der ehemalige Chefreporter der DPA, hat mir 1999-2006 bei vielen Interviews zur Migrationspolitik des Bundes und der Länder uneigennützig geholfen. Es ist mir ein Bedürfnis, ihm hier zu danken.

²⁷ Vgl. Dieter Oberndörfer, *Demokratisierung durch Zuwanderung?* in Stefan Rother (Hrsg.), *Migration und Demokratie*, 1916. Kap. 6. *Der lange Kampf von Wissenschaft und Politik um Öffnung Deutschlands für Einwanderung*, S.27-32.

²⁸ Die Polemik gegen den Zuwanderungsrat wurde in den Medien durch Berichte über die Gehälter seiner Mitglieder aufgeheizt, ohne zu erwähnen, dass sich ihre Honorierung an den Standards der Wirtschaftsweisen orientiert hatte.

waren, wurde ihre Geltung einfach bestritten. Weniger voreingenommene Stimmen räumten immerhin ein, dass es wegen der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung große soziale und wirtschaftliche Probleme geben werde. Sie wagten aber deswegen keine politischen Antworten, die ihnen unter ihren Wählern Ärger gebracht hätten. Es passierte also nichts.

Diese schicksalhafte Ignorierung der Demografie und ihrer Prognosen markiert das bisher schlimmste Versagen der Politik in der neueren Geschichte Deutschlands.

Da ich für die „Enquetekommission demographischer Wandel“ des Deutschen Bundestags 2001 ein Gutachten zur demographischen Entwicklung Deutschlands erstellt hatte²⁹, wurde ich mit dem Versagen der Politik hautnah konfrontiert. Mir selbst wurde zwar Lob in den Medien zu teil, politisch brachte dies aber gar nichts. Der Bericht der Enquete-Kommission verschimmelte ungelesen in den Regalen der zuständigen Ministerien. Bei einem Hearing der Ergebnisse meiner Studie im Deutschen Bundestag wurde mir mangelnde Seriosität meiner Prognosen zur demografischen Entwicklung von Gegnern der Einwanderung vorgeworfen, ohne dabei aber eigene stichhaltige Statistiken oder Studien gegen sie ins Feld zu führen³⁰. Meine Prognosen stützte ich auf die Vorausberechnungen des Bundesamtes für Statistik, der Forschungsabteilung der UNO für Demografie und vier angesehenen Demografen.

Da der Demograf Herwig Birg in der FAZ und in seinen Büchern mehrmals betont hatte, dass Einwanderung keine relevanten Beiträge für die Bewältigung demografischer Probleme bringen und vor allem die ethnische Homogenität Deutschlands gefährden werde, widersprach ich seinen Thesen in einem Referat in der Mitgliederversammlung des Rates von 2004³¹.

Da in der Studie der UNO zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands erwähnt worden war, dass die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung statistisch nur durch eine jährliche Einwanderung von 500.000 Migranten gestoppt werden könne, suchten Bundesinnenminister Otto Schily und der bayerische Innenminister Günther Beckstein, die dadurch angestifteten Ängste vor einer Masseneinwanderung im Spiegel mit der Erklärung zu entschärfen, es kämen ja jetzt schon jährlich 500.000 Migranten nach Deutschland. Da die beiden Minister damit aber nur Einreisen genannt und die Ausreisen abzuziehen vergessen hatten, waren ihre Angaben eine ganz unverschämte Irreführung der Öffentlichkeit. Tatsächlich hatte es 2003 sogar einen negativen Saldo der Einwanderung nach Deutschland gegeben. Als ich versuchte als Vorsitzender des Rats in einem Brief an die Redaktion des Spiegels die Irreführung erkennbar zu machen, erhielt ich keine Antwort. Auch hier sollte vermutlich die Brisanz demographischer Daten und ihre möglichen Konsequenzen für Einwanderung nicht thematisiert werden. Die Bevölkerung sollte „nicht beunruhigt“ werden und unerwünschte Debatten sollten gar nicht aufkommen.

²⁹ Dieter Oberndörfer: *Zuwanderungs- und Integrationsbedarfe*. Berlin 2011 (Gutachten für die Enquetekommission demographischer Wandel des Deutschen Bundestags. 76 pp).

³⁰ Ich hatte die Fortschritte der Medizin zur schnellen Steigerung der Lebenserwartung unterschätzt. Daher verringerte sich die Schrumpfung der Bevölkerung innerhalb von 15 Jahren um einige Millionen, womit allerdings die statistische Alterung stark zunahm.

³¹ Dieter Oberndörfer, „Demographie und Demagogie – Wissenschaft und Interesse bei Herwig Birg und Charlotte Höhn“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Dezember 2005, S.148 ff.

12. Öffnung für Einwanderung

Der Widerstand gegen Einwanderung ließ schon etwa seit 2010-2012 ganz deutlich aus demographischen und ökonomischen Gründen nach³².

Um 2010 gingen die geburtenstarken Jahrgänge des Babybooms der sechziger bis achtziger Jahre in Rente. Es kamen nun nur noch 60% früherer Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt. Die Wirtschaft benötigte zudem verstärkt Arbeitskräfte, weil das Potential qualifizierter Zuwanderer aus Ostdeutschland nun endlich ausgeschöpft worden war (ca. 1,5 Millionen) und in den neuen Bundesländern jetzt auch zusätzliche Arbeitskräfte benötigt wurden. Jedenfalls wurde die Wirtschaft nun sogar politisch mutig. Die Stimmung zur Öffnung für Einwanderung wurde in den Medien und amtlichen Stellungnahmen deutlich sehr viel freundlicher.

13. Einwanderung nach Deutschland und Europa heute

Wissenschaftlich und beruflich qualifizierte Einwanderer aus Asien, Lateinamerika und Afrika präferieren die USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Deutschland hat bei ihnen schlechte Karten. Die Sprache und das in der ganzen Welt wohlbekannte Ausländerbashing in Deutschland spielen dafür auch eine Rolle.

Einwanderer nach Europa werden künftig überwiegend Menschen geringerer Qualifikation aus Staaten am Mittelmeer, aus Afrika oder aus Gebieten Asiens sein. Ihre humane Aufnahme und Integration wird in Zukunft die wichtigste politische, kulturelle und soziale Herausforderung Deutschlands und Europas werden. Wie bedrängend sich diese Aufgabe schon heute stellt wurde jüngst durch Karl-Heinz Meier-Brauns „Schwarzbuch der Migration“ veranschaulicht³³.

Trotz oft guten formalen Wissens und starker Motivation werden die meisten Einwanderer nicht die technischen, ökonomischen und kommerziellen Kenntnisse mitbringen, die für eine Erwerbstätigkeit in modernen Bereichen unserer Wirtschaft und Gesellschaft benötigt werden. Wie nie zuvor muss daher eine präzedenzlose Offensive nachholender beruflicher Bildung und Ausbildung begonnen werden. Hier im Auf- und Ausbau eines neuen leistungsfähigen interkulturellen Bildungswesens für Alle fällt die Entscheidung über unsere Zukunft. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass von uns mit Integration nicht die Anpassung eingewanderter Minderheiten an die deutsche Mehrheit gemeint ist, sondern die Anpassung aller aneinander. Man kann dies auch besser als „Inklusion aller“ bezeichnen.

Es wurde jetzt erneut ein Einwanderungsgesetz vorgeschlagen. Obwohl ich selbst Zweifel an dessen Erfolg wegen der Konkurrenz der angelsächsischen Einwanderungsstaaten geäußert habe, würde durch ein Einwanderungsgesetz zumindest die Legitimität von Einwanderung in unserer Gesellschaft erneut akzentuiert werden. Es könnte dadurch ein Korridor auch für die humane Aufnahme von Flüchtlingen geschaffen werden – ohne die Unsicherheiten einer Aufnahme nur für begrenzte Zeit im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention.

³² Vgl. Dieter Oberndörfer, *Demokratisierung durch Zuwanderung?* in Stefan Rother (Hrsg.), *Migration und Demokratie*, 1916. Kap. 8 „Zuwanderungsflut und Demografie - die Irreversible Einwanderungsgesellschaft“ S. 34c-36.

³³ Karl-Heinz Meier-Braun, *Schwarzbuch Migration*, München 2018.

14. Die neue politische Rechte

Die Annahme, dass der völkische Nationalismus in Deutschland überwunden sei, war und ist eine Illusion. Einwanderung wird von der neuen politischen Rechten mit den klassischen Argumenten des völkischen Nationalismus bekämpft. Der völkische Nationalismus wird heute auch durch Mitglieder der EU unterstützt, deren Staatsgründung völkisch begründet wurde und deren Legitimation als Staat die Blockade von Einwanderung zwanghaft macht (u.a. Polen, Ungarn, Slowenien). Die Akzeptanz von Einwanderung und ihre humane Gestaltung werden daher in Deutschland politisch schwieriger werden. Die politische Rechte und ihre Ablehnung von Einwanderung werden durch die Existenz und Mitsprache sich völkisch legitimierender Nationen der EU gestärkt.

Die notwendige gründlichere Auseinandersetzung mit völkischem Nationalismus ist nichts Provinzielles. Sie ist ein Beitrag zur weltweiten Selbstfindung aller Nationalstaaten in den Konflikten ihrer historisch gewachsenen völkischen Beschränkungen von Zugehörigkeit und Humanität mit Postulaten des Menschenrechts³⁴.

³⁴ Vgl. Dieter Oberndörfer /Anmerkung 13 und Dieter Oberndörfer: Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Heft 1/2018, S. 4–10.

Literatur

Veröffentlichungen des Verfassers zur Geschichte der Einwanderung in Deutschland:

Bibliografie bis 2004 in: M. Böhme (Hrsg.) Dieter Oberndörfer zum 75.Geburtstag 2004, S. 66- 86.

Dieter Oberndörfer, Demokratisierung durch Zuwanderung? in Stefan Rother (Hrsg.), Migration und Demokratie 1916, S. 17-48.

Dieter Oberndörfer, Herausforderungen für die Einwanderungsgesellschaft. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Heft 1/2018, S. 4–10

Auswahl eigener Veröffentlichungen vor und begleitend zur Gründung des Rats für Migration 1998:

Akademie für Politische Bildung/Tutzing: „Zum Nationalen‘ Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland“ (München 1987, S. 221- 244).

APUZ: „Vom Nationalstaat zur offenen Republik, zu den Voraussetzungen der politischen Integration von Einwanderung“ (B9/ 1992), „Die Politische Gemeinschaft und ihre Kultur - zum Gegensatz zwischen kulturellem Pluralismus und Multikulturalismus“ (Dez. 1996).

Blätter für Deutsche und Internationale Politik: „Nation und Republik. Kollektive Kultur oder kulturelle Freiheit“ (39, 1994).

Frankfurter Rundschau: „Über die Widergeburt des deutschen völkischen Nationalismus“ (20.11.1993). - „Deutschheit darf für die Zugehörigkeit zur Republik kein Kriterium sein“ (15.Oktober 1994). „Was ist ein integrierter Deutscher? Zuwanderung und nationale Identität“, Frankfurter Rundschau, 9.Okt.2002.

IMIS/Klaus Bade: „Nationalismus und Republikanismus im Grundgesetz, Konsequenzen für die Integration von Ausländern“(1990). „Die politischen und ideologischen Voraussetzungen einer multikulturellen Einwanderungsgesellschaft“, Manifest der 60 (1994). „Assimilation, Multikulturalismus oder kultureller Pluralismus?“ (1996).

Dieter Oberndörfer, Die Offene Republik, Zur Zukunft Deutschlands und Europas, Freiburg 1991.

Dieter Oberndörfer, Der Wahn des Nationalen, Die Alternative der Offenen Republik, Freiburg, 1992, 1994 2.Aufl.

Dieter Oberndörfer, Deutschland in der Abseitsfalle, Politische Kultur in Zeiten der Globalisierung, Freiburg, 2005.

Dieter Oberndörfer, „Sprache und Nation“, Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, (ZAR) 2/2006.

Dieter Oberndörfer/Uwe Berndt, „Möglichkeiten der Einwanderungsbegrenzung“ in Alfred Weber (Hrsg.) Einwanderungsland Deutschland in der Europäischen Union 1997.

Dieter Oberndörfer/Uwe Berndt, „Einwanderungs- und Eingliederungspolitik als Gestaltungsaufgaben. Arbeitspapier zum Carl-Bertelsmann-Preis-1992. Gütersloh 1992, 1993 2. Auflage.

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss für die Woche der Ausländischen Mitbürger: „Nationalismus und Republikanismus im Grundgesetz“ (1989).

Das Parlament: „Die Entwicklung vom Nationalstaat zum republikanischen Europa“ (16.12. 1994) und „Europa im Spannungsfeld zwischen Pluralismus und Multikulturalismus“ (08.02. 1999).

UNESCO Heute: „Der Umgang mit Fremdem und Fremden“ (Nr.3 S. 44- 49 1997).

Herbert Quandt Stiftung (ed.): „Die Offenheit unseres Grundgesetzes für eine multikulturelle Gesellschaft (12. Sinclair Haus Gespräch 1999).

Die Zeit: „Die offene Republik“ (13.11.1987). „Abschied vom völkischen Wahn“ (04. 02. 1994) und „Völkisches Denken“(10.06.1994).

Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: „Der Nationalstaat ein Hindernis für das dauerhafte Zusammenleben mit ethnischen Minderheiten?“ (ZAR 9, 1989) und „Integration oder Abschottung? Auf dem Weg zur postnationalen Republik“, (ZAR 18 1998), S. 3-13.